



Gesetzesentwurf 5685

Der Gesetzesentwurf 5685 soll das Gesetz vom 27. Februar 1984 über die Schaffung eines erweiterten und aktualisierten gesetzlichen Rahmens in Anpassung an den neuen Kontext, in dem die Jugendpolitik stattfindet, und der Bedürfnisse und Erwartungen der betroffenen Jugendlichen seitens der Verwaltung des Nationalen Dienstes für Jugend ersetzen.

Um den globalen und transversalen Charakter der Jugendpolitik zu berücksichtigen, sieht der besagte Gesetzesentwurf die Einführung eines interministeriellen Ausschusses sowie die Ausarbeitung eines nationalen Fünfjahresberichts vor. Damit trägt er den Empfehlungen des Europarates Rechnung, der Luxemburg 2002 aufgefordert hatte, einen globaleren Ansatz zu entwickeln, um den « neuen Aspekt des Übergangs und die Erwartungen der Jugendlichen » besser zu berücksichtigen.

Weiterhin sieht dieser Text die Schaffung einer Beobachtungsstelle für Jugendliche vor, die aufgefordert wird, die Elemente beizubringen, aufgrund derer der Landesbericht erstellt wird, und an den Arbeiten auf europäischer Ebene teilzunehmen.

Der Gesetzesentwurf will außerdem dem strukturierten Dialog mit den Jugendlichen eine gesetzliche Grundlage geben. Der oberste Jugendrat wird somit ein Organ des Dialogs mit der bürgerlichen Gesellschaft im Jugendbereich.

Die vom Gesetzesentwurf eingeführte Nationalversammlung der Jugendlichen soll es diesen gestatten, sich direkt zu allen sie betreffenden Fragen zu äußern. Die kommunalen beratenden Ausschüsse sind der Rahmen, in dem es den Jugendlichen möglich ist, sich mehr an der Organisation ihres lokalen Umfelds und den demokratischen Mechanismen zu beteiligen.

Es werden die Akteure des Jugendsektors angegeben und es werden finanzielle Beihilfen des Staates entsprechend bewilligt. Die Bedeutung der ehrenamtlichen Tätigkeit und der Jugendorganisationen wird durch eine formelle Anerkennung hervorgehoben.

Schließlich überprüft der besagte Gesetzesentwurf die Aufgaben und administrativen Strukturen des Nationalen Jugenddienstes (Service National de la Jeunesse (SNJ)), um sie an die heutigen Herausforderungen anzupassen.

Der Gesetzesentwurf basiert im Wesentlichen auf den Schlussfolgerungen der zweiten Leitlinien für die Jugendpolitik, die in Absprache mit den Jugendlichen und ihren Organisationen 2004 ausgearbeitet wurden, sowie auf den Entschlüssen des Rates der Jugendminister der Europäischen Union im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode.